

EINLADUNG ZUM
PARTEITAG -
VOLLVERSAMMLUNG
SOLIDARISCHER
AUFBRUCH

9. FEB. 2019, DUS-GARATH





An alle Mitglieder der SPD Düsseldorf

PARTEITAG-VOLLVERSAMMLUNG

Einladung zum Themenparteitag Solidarischer Aufbruch

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir Euch herzlich zu unserem Themenparteitag Solidarischer Aufbruch im Februar 2019 einladen. Der Parteitag findet statt

Samstag, den 09. Februar 2019

von 10.00 - 16.00 Uhr

**Freizeitstätte, Fritz-Erler-Straße 21,
40595 Düsseldorf-Garath**

Das Wichtigste in Kürze:

Ablauf:

10.00 Uhr: Grußwort Kevin Kühnert

Grußwort der Garather Ortsvereine

Grußwort Andreas Rimkus

10.30 Uhr: Wahl des Präsidiums

Ab ca. 10.40 Uhr: Beginn Antragsberatung:

(Hier wird es zu jedem Kapitel des Antrags eine kleine Einführung geben)

Unser Antrag ist als Denkanstoß und Arbeitsgrundlage zu verstehen, auf dessen Basis wir mit Euch dem wichtigen sozialdemokratischen Grundwert der Solidarität näherkommen wollen. Wir wollen den Themenparteitag in drei inhaltlichen Blöcken entlang der drei Kapitel des Antrags mit Euch diskutieren und abschnittsweise abstimmen lassen. Wir hoffen auf einen breiten Diskurs und auf weitere Anträge aus den OV's und AG's, die unsere Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft mit greifbaren Forderungen füllen.

Wichtig:

Dieser Parteitag ist nicht wie jeder andere. Er wird erstmalig als **Vollversammlung** stattfinden. Das heißt, jedes ordentliche Mitglied unseres Unterbezirks darf abstimmen! Lasst uns zusammen eine Debatte über Solidarität anstoßen und diesen innerparteilich bedeutsamen Begriff mit optimistischen Zukunftsvisionen und greifbaren politischen Forderungen füllen!

Bei Rückfragen könnt Ihr Euch gerne jederzeit unter vorstand@jusosddorf.de

An uns wenden.



Gremienbesetzung

Präsidium (Treffpunkt 9.30 Uhr auf Parteitag)

Leitung des Parteitages: Ursula Holtmann-Schnieder
stellv. Leitung des Parteitages: Julia Uhlig
Schriftführung: Petra Ihme
Schriftführung: Thomas Gestrich

Mandatsprüfung (Treffpunkt 9.30 Uhr auf Parteitag)

SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.

Zählkommission

SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.

Antragskommission

Treffpunkt am Tag des Parteitages 9.30 Uhr im Foyer des Parteitag

Der Antragskommission gehören an:

Ein Mitglied des UB-Vorstandes

N.N.

Ein Mitglied des Vorstandes des UB-Ausschusses

Dirk Jehle

5 Vertreter(innen) der Ortsvereine

SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.
SPD-OV N.N.

sowie mit beratender Stimme ein(e) Vertreter (in) des vorgeschlagenen Präsidiums des Parteitages, je ein(e) Vertreter (in) der Arbeitsgemeinschaften

Bevollmächtigte*r der antragstellenden Gliederung, für die Dauer der Beratung über den betreffenden Antrag

1 **Antrag 1:**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf

3 Adressat:

4

5 Abschnitt A: Einleitung

6 **Solidarischer Aufbruch**

7 **Kraft zur Veränderung**

8

9 Solidarität gehört zu den drei Grundwerten der Sozialdemokratie. Ihr sind wir als Partei
10 ebenso verpflichtet wie der Freiheit und der Gerechtigkeit. Nur in diesem Dreiklang kann
11 eine gute Gesellschaft im Sinne der sozialen Demokratie gelingen, in der die Menschen
12 gemeinsam zufrieden leben und wirken können. Jedes Parteimitglied der SPD stimmt dem
13 Prinzip der Solidarität zu und fordert sie ein, für sich selbst, von der Gesellschaft, von der
14 Partei und für unser politisches Handeln. Umso wichtiger ist es, eine gemeinsame
15 Vorstellung von Solidarität zu formulieren, um damit eine gemeinsame Politik zu gestalten.
16 Dieser unbedingte Zusammenhalt, der dem Begriff der Solidarität innewohnt, ist uns
17 abhandengekommen. Die Menschen hierzulande haben Angst, dass der Grad an Solidarität
18 nicht mehr ausreicht, wenn es ihnen mal schlechter als heute gehen sollte. Andere
19 Menschen hierzulande und auf der ganzen Welt werden von den sozialen Netzen schon
20 nicht mehr aufgefangen.

21

22 Dabei kann Solidarität nur bis zu einem gewissen Grad und nur in bestimmten Bereichen
23 bspw. durch Gesetze erzwungen werden. Sie muss von einer eigenen Motivation getragen
24 werden. Wir wollen als Partei mit solidarischem Handeln vorangehen, um diese Prinzipien
25 als unsere Ideale auf die Gesellschaft zu übertragen. Wir wollen jeden einzelnen Menschen
26 davon überzeugen, dass Solidarität mit anderen Vorteilen für alle in sich birgt. Solidarität im
27 sozialdemokratischen Sinne kann dabei jedoch nicht mit allem und jedem*r bedingungslos
28 gelebt werden. Wir müssen uns daher stets entscheiden, welche Art von Solidarität wir
29 wollen und welche nicht. Dabei müssen wir deutlich machen, mit wem wir uns solidarisieren
30 und von wem wir Solidarität in besonderer Weise einfordern wollen. Unsolidarisches
31 Verhalten muss dabei immer kritisch bewertet werden. Nur mit einer gemeinsamen
32 Wertevorstellung können wir eine solidarische Politik umsetzen und überzeugend nach
33 innen und außen wirken.

34

35 Menschen sind soziale Wesen und leben schon immer in Gemeinschaften. Unser
36 Grundgesetz schreibt fest, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten besitzen -
37 so zumindest das Ideal. Wir sollen uns möglichst als Individuum frei entfalten können.
38 Nichtsdestotrotz können wir mehreren Gruppen gleichzeitig angehören, die sich häufig
39 durch eigene Merkmale und Normen auszeichnen. Jede*r kann nicht nur Mitglied der
40 eigenen Familie, Religionsgemeinschaft oder Berufsgruppe sein, sondern zugleich Mitglied in
41 einem Sportverein, einer Partei, einer ehrenamtlichen Initiative und vielem mehr. Dies
42 bedeutet jedoch auch, dass unsere Loyalitäten sich vielfältig gestalten. Hinzu kommt, dass
43 sich unsere Aktionen und Informationen, die wir lesen, auf lokaler bis hin zur globalen Ebene
44 abspielen. Dies macht auch die Definition von solidarischem Handeln schwieriger und kann
45 zu Konflikten führen, da wir stets alle Ebenen und unterschiedliche Gruppenzugehörigkeiten
46 zugleich im Blick haben müssen. Egal, welche Ebene wir betrachten, Solidarität spiegelt sich



1 dabei immer in unserer Antwort auf folgende Fragen wieder: Welche sozialen Normen
2 betrachten wir auf für alle als bindend? Welche Güter sollten aus unserer Sicht
3 Kollektivgüter sein/ in staatlicher Kontrolle sein? Wie lösen wir Verteilungsfragen?

4

5 Es ist daher Zeit für einen Aufbruch in eine neue solidarische Gesellschaft, die den Menschen
6 in einer sich schnell wandelnden Zeit neue Lebenschancen bietet. Unsere Vorstellung einer
7 solchen Solidarität formulieren wir in den nachfolgenden drei Bereichen:

8

9



1 Abschnitt B: Zusammenleben – Zusammenhalten:

2 **Antrag B1: *Positives Menschenbild***

3

4 Solidarische Politik geht von einem Menschenbild aus, das auf Vertrauen und Wertschätzung
5 baut. Insbesondere dort, wo wir miteinander direkt in Kontakt treten – also in der Familie,
6 der Nachbarschaft, dem Freundeskreis, dem Verein oder am Arbeitsplatz – ist unsere
7 Bindung an Normen und Werte besonders hoch. Damit erhöht sich unsere Fähigkeit und
8 Bereitschaft, solidarisch zu denken. Hier lässt sich Solidarität am leichtesten erlernen und
9 erfahren. Aber nur, wer auf die Solidarität anderer zählen kann, wird auch bereit sein, sich
10 selbst solidarisch zu verhalten. Dies funktioniert jedoch nur, wenn auch ein Staat bereit ist,
11 selbst solidarisch zu sein, und entsprechende, Solidarität begünstigende Normen
12 durchzusetzen. Diese zu formulieren, muss unser Anspruch sein.

13

14



1 **Antrag B2: Zusammen solidarisch leben**

2

3 Wir wollen eine Gemeinschaft schaffen, in der die Leute füreinander da sind und nicht nur
4 auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Indem jede*r einen Beitrag leistet, entwickeln wir
5 gemeinsam eine bessere Gesellschaft.

6 Dies kann und muss auch unmittelbar vor Ort passieren, dort wo die Menschen sich zu
7 Hause fühlen, wo sie sich begegnen und wo sie täglich mit Menschen in Berührung kommen.

8 Daher ist eine solidarische Stadt- und Raumplanung notwendig, damit Menschen das Gefühl
9 von Nachbarschaft bekommen und diese auch mit Leben füllen wollen. Diese Planung muss
10 sozialer Verdrängung und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken und
11 Menschen zusammenbringen. Eine solidarische Nachbarschaft ist eine, die in Notsituationen
12 zusammenhält. Sie bekämpft Einsamkeit und gibt ein Gefühl von Zuhause.

13

14



1 **Antrag B3: Ehrenamt fördern**

2

3 Zu diesen Normen gehört die Unterstützung des Ehrenamtes. Das Ehrenamt bildet eine
4 unserer stärksten Säulen der Solidarität in der Gesellschaft ab. Es beruht auf dem Prinzip der
5 Freiwilligkeit, steht neben und ergänzt zugleich unseren Sozialstaat, der die
6 institutionalisierte Form der Solidarität bildet. Deshalb gilt es, diesen Menschen jetzt und in
7 Zukunft eine höhere Anerkennung zu zollen. Denn gerade diese Wertschätzung durch die
8 Gesellschaft und Anerkennung ist dazu geeignet, eine starke Bindung an soziale Normen und
9 Werte des*der Einzelnen zu entfalten und zu erhalten.

10 Da unsere Solidarität internationalistisch ist, fördern wir europäischen und
11 darüberhinausgehenden internationalen Austausch aller Altersklassen. Dieser erhöht die
12 persönliche Verbindung zwischen den Menschen und den Kulturen, und stärkt damit die
13 Bereitschaft zur Solidarität über die Ländergrenzen hinweg nachhaltig.

14

15

16

17



1 **Antrag B4: *Integration und Inklusion***

2

3 Ob wir uns mit jemandem solidarisch zeigen, darf nicht von der Herkunft abhängen. Gerade
4 Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig – aufgrund von Krieg oder Verfolgung, aber auch
5 aufgrund fehlender Perspektiven – verlassen mussten, brauchen unsere besondere
6 Unterstützung. Viele Fluchtursachen haben ihren Ursprung in unserer westlichen Welt. Bei
7 der Ankunft und der Erstversorgung, insbesondere aber bei der nachhaltigen Integration in
8 unsere Gesellschaft müssen wir uns daher solidarisch zeigen. Dabei ist Integration im
9 Einwanderungsland Deutschland nicht als endlicher Prozess, sondern als Daueraufgabe zu
10 verstehen. Integration kann dabei nicht als einseitige Anpassung von Neuzugewanderten an
11 unsere Kultur verstanden werden, sondern als Prozess gegenseitiger Anerkennung und
12 Respekt vor der jeweiligen Kultur.

13 Der kleinste gemeinsame Nenner muss hierbei unser Grundgesetz sein. Eine emotionale
14 Identifikation mit dem Aufnahmeland und dessen Gebräuchen und Traditionen betrachten
15 wir nicht als Bedingung gelingender Integration - sie ist vielmehr eine mögliche Konsequenz
16 einer gelungenen Integration. Wichtiger ist die Identifizierung mit dem direkten
17 Lebensumfeld. Wir können uns durch das Aufeinandertreffen von und das
18 Aufeinandereinlassen auf unterschiedliche Kulturen gegenseitig bereichern. Eine aktive
19 Migrationspolitik muss dabei alle Bürger*innen sowie ihre Sorgen miteinbeziehen und
20 Aufklärungsarbeit leisten. Besonders wichtig ist es auch, den Menschen durch interkulturelle
21 Öffnung neben dem Spracherwerb, gleichermaßen den Zugang zu Arbeit, Ausbildung, Kultur,
22 Bildung, Vereinsleben usw. zu bieten. Auch eine Durchmischung der Wohnquartiere spielt
23 hier eine große Rolle. Denn wiederum ist es der tagtägliche Kontakt zwischen
24 Nachbar*innen mit und ohne Migrationshintergrund, der gesellschaftliche Trennung
25 verhindern kann. Auch hierfür ist gerade hier das ehrenamtliche Engagement besonders
26 bedeutsam.

27 Gleiches gilt für die Inklusion. An einer solidarischen Gesellschaft können alle teilhaben. Wir
28 müssen Wege schaffen, die allen Menschen möglichst großen Zugang zu allen Teilen des
29 Lebens gibt.

30 Auf globaler Ebene bedeutet Solidarität vor allem, Fluchtursachen von Anfang an gar nicht
31 erst zu begünstigen oder gar zu schaffen. Wirtschaftliche Interessen – von Subventionspolitik
32 bis hin zu Waffenexporten dürfen nicht das Mittel der Wahl bleiben, um unseren Wohlstand
33 auf Kosten anderer zu finanzieren.

34

35



1 **Antrag B5: *Partizipative Kommunalpolitik***

2

3 Solidarische Kommunalpolitik bedeutet für uns, sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken
4 und lokale Daseinsvorsorge zu garantieren.

5 Dazu gehört, dass wir kurz- und langfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Unsere
6 Partner*innen sind dabei die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften,
7 Baugenossenschaften und Wohngemeinschaften, die gemeinsam bauen und leben wollen.

8 Diese müssen bei der Vergabe von Grundstücken Vorrang vor großen Investoren erhalten.
9 Des Weiteren müssen dabei soziale Aspekte und Umweltverträglichkeit einbezogen werden.

10 Über allem muss die Forderung stehen: Grund und Boden ist nicht vermehrbar und keine
11 beliebige Ware. Das Recht auf eine angemessene Wohnung ist ein Menschenrecht und
12 gehört ins Grundgesetz!

13 Gleiches gilt für den Bereich der Mobilität. Mobil zu sein und die Möglichkeit zur sozialen,
14 kulturellen und ökonomischen Teilhabe ist wesentlich. Solidarische Politik muss sich dafür
15 einsetzen, Konzepte zu entwickeln, erproben und umzusetzen, die allen sowohl in
16 finanzieller als auch in logistischer Hinsicht Mobilität ermöglichen. Umweltverträglichkeit
17 muss bei der Entscheidung, welchen Verkehr wir fördern wollen, maßgeblich sein.

18 Zur Stärkung der Solidarität in unseren Kommunen gehört eine Teilhabe geleitete
19 Kommunalpolitik. Sie muss die Bürger*innen in Entscheidungsprozesse einbeziehen und
20 ihnen so eine Identifikation mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld ermöglichen. Dazu
21 gehört, dass wir deutlich mehr öffentliche Flächen zur Verfügung stellen müssen, auf denen
22 wir Zeit miteinander verbringen und uns begegnen können. Eine solidarische Gesellschaft ist
23 nur möglich, wenn wir miteinander ins Gespräch kommen.

24

25



1 **Antrag B6: Gleichwertig zusammenleben**

2

3 Ein solidarisches Land kümmert sich sowohl um seine städtischen als auch um seine
4 ländlichen Gebiete sowie deren Bevölkerung. Es gewährt keinem der beiden eine bevorzugte
5 Behandlung, sondern gestaltet sie gleichwertig. Dies beinhaltet auch die nachhaltige
6 Stärkung vernachlässigter Regionen wie den ostdeutschen Bundesländern oder dem
7 Ruhrgebiet im Falle von Deutschland.

8 Die Nötigung von Menschen zur Wahl zwischen ihrer Heimat und einer hinreichenden
9 Daseinsvorsorge, digitaler Infrastruktur sowie kultureller Teilhabe ist zutiefst unsolidarisch.

10 Es bedarf der Schaffung eines attraktiven Nahverkehrs. Auch die Ansiedlung von
11 Fachärzt*innen, Kliniken und Hebammen müssen wir deutlich entschiedener fördern. Damit
12 sich kein*e Patient*in um seine*ihre Gesundheit sorgen muss, nur, weil er oder sie nicht in
13 Berlin, München, Frankfurt oder Düsseldorf wohnt. Die Herstellung gleichwertiger
14 Lebensverhältnisse kann nur über massive Investitionen in die dortigen kommunalen
15 Strukturen erfolgen.

16

17



1 **Antrag B7: Schaffung einer neuen Kultur der Anerkennung**

2

3 Hinzu muss auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eine Kultur der Anerkennung der Beiträge
4 aller zu unserer Gesellschaft treten. Hier müssen wir einen Kulturwandel anstreben. Der
5 Beitrag der Einzelperson zur Gesellschaft darf nicht mehr daran gemessen werden, welcher
6 Betrag am Monatsende auf dem Lohnzettel steht oder ob eine Tätigkeit eine besondere
7 wirtschaftliche Relevanz hat.

8 Nicht nur der*die Topmanager*in leistet einen Beitrag für unser System, es sind
9 insbesondere Berufe, bspw. im sozialen Sektor oder im kulturellen Bereich, die einen
10 unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft und deren zukünftiger Entwicklung haben.

11

12

13



1 Abschnitt C: Ein Staat mit Haltung

2

3 **Antrag C1: *Solidarische Daseinsvorsorge***

4

5 Die gesellschaftliche Überalterung und die Landflucht führen zu einer sich stark zwischen
6 Stadt und Land polarisierenden Gesellschaft. Das solidarische Zusammenleben findet jedoch
7 nicht nur an einem Ort statt, sondern zeigt sich im Zusammenhalt über die Nachbarschafts-
8 und Ortsgrenzen hinaus. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten ein gesellschaftliches
9 Einverständnis über die Freiheit unterschiedlicher Lebensentwürfe. Diese versuchen wir
10 zusammen und für jede*n zu ermöglichen. Diese Freiheit ist in Gefahr.

11 Soziale Verdrängung in den Städten und ungesicherte Daseinsvorsorge in den ländlichen
12 Regionen gefährden den sozialen Frieden innerhalb der Gesellschaft. Diese Unfreiheit
13 erschwert es den Menschen sich weiterhin solidarisch mit Schutzsuchenden zu zeigen. Den
14 Menschen hierzulande muss daher wieder ermöglicht werden, frei zu sein – frei in ihrer
15 Mobilität, frei in der Wahl ihres Wohnortes und frei im Zugang zu Kultur sowie zu allem, was
16 ihr Lebensentwurf an Allgemeingütern, erfordert. Der Staat muss daher auch die
17 Gemeinnützigkeit fördern und gesellschaftliche Güter vor der Umdeutung zu Waren
18 schützen.

19 Die Gesundheit der Menschen ist eines der höchsten Güter einer Gesellschaft. Der
20 solidarische Staat hat daher dafür Sorge zu tragen, dass allen Menschen gleichermaßen die
21 bestmöglichen, notwendigen medizinischen Leistungen zuteilwird. Solidarität im Bereich des
22 Gesundheitswesens, bedeutet zudem, weder Pflege noch Gesundheit als Ware anzusehen,
23 damit jede*r von uns in Würde altern kann und im Krankheitsfall die Hilfe erhält, die er*sie
24 benötigt. Dies beinhaltet zum einen die hinreichende Versorgung in den Kommunen durch
25 entsprechende Ärzt*innen und Therapeut*innen sowie zum anderen die gesetzlichen
26 Rahmenbedingungen für eine gerechte Verteilung medizinischer Versorgung. Deshalb
27 lehnen wir die Zweiklassenmedizin als unsolidarisch ab und fordern weiterhin die
28 Bürger*innenversicherung bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

29

30



1 **Antrag C2: Neues Allgemeinwohl im Wandel**

2

3 Insbesondere der Strukturwandel hinsichtlich des Endes der Montanindustrie beispielsweise
4 im Ruhrgebiet sowie der Klimawandel und die Digitalisierung erfordern es, das
5 Allgemeinwohl neu zu definieren. Damit soll die Daseinsvorsorge gesichert und öffentliche
6 Güter gerechter verteilt werden. Dafür muss das Zentrale-Orte-Prinzip auf den Prüfstand. Es
7 ist darauf ausgerichtet, diese Güter vornehmlich in strukturstarken Regionen anzubieten, um
8 ländliche Regionen unterstützend zu versorgen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten
9 keineswegs gleiche Lebensverhältnisse – das Leben auf dem Land bietet Qualitäten, die die
10 Stadt nicht schaffen kann. Die Forderung der gleichwertigen Lebensverhältnisse sind
11 demnach keine Almosen für die Menschen in den ländlichen Regionen, sondern sichern den
12 Zusammenhalt über die Unterschiede von Stadt und Land hinweg. Dafür müssen wir
13 diejenigen ländlichen Gebiete, die den Menschen zukünftig den Lebensentwurf auf dem
14 Land ermöglichen können, stärken!

15 Die ökonomische Konkurrenz der Städte und Gemeinden muss zugunsten einer Solidarität
16 über Gemeindegrenzen hinweg beendet werden. Es darf nicht sein, dass Gemeinden sich
17 gegenseitig für die Ansiedlung sowie in der Besteuerung von Unternehmen unterbieten.
18 Dadurch wird die durch Steuern finanzierte Infrastruktur quasi kostenlos an große
19 Unternehmen "verschleudert". Es ist zudem äußerst problematisch für eine sinnvolle
20 Stadtentwicklung, wenn Unternehmen den Kommunen diktieren können, wie sie bauen
21 wollen. Hier schwingt die Angst mit, dass das Unternehmen sich ansonsten in einer anderen
22 Kommune in der Nähe ansiedeln werden und wertvolle Gewerbesteuererinnahmen verloren
23 gehen. Zukünftig werden Unternehmen zudem verstärkt in die Innenstadtbereiche drängen,
24 um dort "weiche Standortfaktoren" zu genießen. Es bedarf daher einer solidarischen
25 Wirtschaftspolitik, in der die Kooperation an die Stelle des Wettbewerbs tritt. Davon
26 profitieren nur die Unternehmen. Dafür schafft der solidarische Staat die planerischen und
27 steuerlichen Rahmenbedingungen.

28

29



1 **Antrag C3: Ermutigender Sozialstaat**

2

3 Der Staat muss für eine politisch garantierte und organisierte Solidarität eintreten, die eine
4 gemeinsame gesellschaftliche Haltung ermöglicht: Er muss die soziale, kulturelle und
5 ökonomische Teilhabe sowie die Daseinsvorsorge sichern und den Bedürfnissen der
6 Menschen Vorrang vor denen der Märkte geben. Auf diese Weise empfinden die Menschen
7 wieder soziale Sicherheit. Er muss dafür Sorge tragen, dass Erwerbstätigkeit die Menschen
8 dazu befähigt, auskömmlich zu leben. Das heißt zum Beispiel auch, dass das Einkommen
9 dafür ausreicht in der Stadt zu wohnen, in denen die Menschen arbeiten. Dafür benötigen
10 wir einen Mindestlohn, der es den Arbeitnehmer*innen ermöglicht deutlich über dem
11 Existenzminimum zu leben, um die Bereitschaft zur Solidarität zu stärken.

12 Ein Sozialsystem, das darauf aufbaut, Menschen ein Leben unter dem Existenzminimum
13 zuzumuten, um einen möglichen Missbrauch der Solidarität zu sanktionieren, ist selbst von
14 Grund auf unsolidarisch. Zudem ist Solidarität mehr als Armenfürsorge. Der solidarische
15 Staat muss Arbeits- und Erwerbslosen ein würdiges Leben ermöglichen, das zur Teilhabe an
16 der Gesellschaft befähigt. Heutzutage werden Arbeits- und Erwerbslose als Taugenichtse
17 stigmatisiert, obgleich sie nur ökonomisch durch ein Raster fallen. Eine ehrenamtliche
18 Tätigkeit muss jedoch auch vom Staat die gebotene Wertschätzung erfahren. Ein
19 solidarischer Staat kann sich außerdem nicht dadurch auszeichnen, Lebensleistungen nur ein
20 Jahr lang zu honorieren und danach individuellen Besitz der Betroffenen als Gegenleistung
21 für die soziale Sicherung zu verlangen. Arbeits- und Erwerbslosigkeit beruhen zuallererst auf
22 einem gesellschaftlichen Versagen.

23

24



1 **Antrag C4: Solidarität in der Bildung und Anerkennung der Lebensleistung**

2

3 Das Bildungssystem in einem solidarischen Staat muss ein egalitäres und humanistisches
4 Bildungssystem sein. Wir dürfen Ausbildung und Studium sowie die Schulzeit nicht als
5 Vorbereitung auf einen profitorientierten Arbeitsmarkt verstehen, sondern müssen wieder
6 einen Selbstzweck in der Bildung erkennen. Dazu müssen alle Stufen des Bildungssystems für
7 alle Menschen zugänglich gemacht und weder der monetäre Einfluss des Elternhauses noch
8 deren Bildungshintergrund dürfen fortan über die Chancen der Kinder entscheiden. Auch
9 müssen berufliche und akademische Ausbildungen gleichwertig nebeneinanderstehen. Wir
10 wollen daher ein Bildungssystem, das mündige und demokratische Bürger*innen schafft und
11 sich nicht den Verwertungslogiken des Kapitalismus unterordnet. Hier kann auch die
12 Grundlage gebildet werden, Menschen von solidarischem Handeln zu begeistern und
13 füreinander einzustehen. Bildung endet zudem nicht mit dem Eintritt ins Berufsleben. Der
14 Strukturwandel führt uns dies deutlich vor Augen. Aufgabe des solidarischen Staates muss es
15 daher sein, Menschen dauerhaft zur weiteren Fort- und Weiterbildung zu befähigen.

16 Es bedarf außerdem einer umfassenden Reform der Rentenfinanzierung und -berechnung,
17 um die Lebensleistungen der Menschen auch im Alter entsprechend zu würdigen. Daher darf
18 es zukünftig keine versicherungsfremden Leistungen geben, die aus der Rentenkasse
19 finanziert werden. Zudem dürfen die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
20 "Die Rente ist sicher" darf kein Ablaufdatum beinhalten und muss ein Altern in Würde
21 ermöglichen.

22

23



1 **Antrag C5: Sicherheit im solidarischen Staat**

2

3 Ein solidarischer Staat schafft Sicherheit unter Wahrung der Freiheitsrechte, indem Polizei,
4 Feuerwehr etc. personell und materiell angemessen ausgestattet sind und indem er den
5 Alltag der Menschen durch kriminalpräventiven Städtebau gestaltet. Eine reflexartige
6 Ausweitung des Strafmaßes und der Durchgriffsmöglichkeiten der Polizei lehnen wir ab.
7 Gleichzeitig setzt er sich für die konsequente Umsetzung geltenden Rechtes ein, arbeitet
8 aber auch auf sozialer Seite auf eine Verringerung von Kriminalität hin.

9 In einem solidarischen Staat ist klar, dass Sicherheit nicht durch Gefängnisse, sondern durch
10 gute Bildungs- und Sozialpolitik geschaffen wird. Wir erkennen an, dass manche Menschen
11 aus verschiedenen Gründen, insbesondere ökonomischen, in Situationen geraten können,
12 die sie in kriminelles Verhalten drängen. Daher wollen wir die Menschen hinter den Taten
13 verstehen, nicht einfach vorverurteilen. Die Bedingungen, die Kriminalität begünstigen,
14 gehen wir an. Das Ziel muss sein, Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren und sie
15 nicht für immer auszuschließen.

16 Zudem stellt sich ein solidarischer Staat auf die Seite derer, die zu Unrecht als
17 Unsicherheitsfaktor für die Gesellschaft bezeichnet werden. Er gestaltet auch eine aktive
18 Aufklärungspolitik.

19

20



1 **Antrag C6:**

2 ***Für Europa und die Weltgemeinschaft***

3

4 Innerhalb der Europäischen Union muss ein solidarisches Handeln zur obersten Maxime
5 werden, um allen Mitgliedsstaaten einen neuen Zusammenhalt anzubieten. Nur dieser kann
6 die Verunsicherungen in Europa befrieden. Das bedeutet ein Ende der Austeritätspolitik, die
7 Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik und einen Finanzausgleich, um
8 die sozialen Spannungen innerhalb der europäischen Gesellschaft aufzulösen.

9 Der Staat muss in der internationalen Gemeinschaft Haltung zeigen. Er muss sich seiner Rolle
10 in internationalen Konflikten und hinsichtlich der durch den Menschen verursachten
11 Umweltauswirkungen bewusst sein. Außenpolitische Beziehungen müssen mit allen Staaten
12 gepflegt werden, um möglichst positiven Einfluss auf das weltpolitische Geschehen bewirken
13 zu können. Dabei muss der solidarische Staat eine Vermittlerrolle einnehmen aber im
14 Zweifel eine klare Haltung für Menschenrechte beweisen. Darüber hinaus dürfen keine
15 bewaffneten Konflikte provoziert werden. Dies bedeutet auch, Rüstungsexporte
16 insbesondere in Krisenregionen einzuschränken.

17 Der Staat muss sich für eine verlässliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, die die
18 Menschen vor Ort befähigt, eigene Lebenschancen zu entwickeln. Ökonomisch weniger
19 starke Nationen, müssen die Möglichkeit haben Importzölle zu erheben. Erst recht dürfen
20 keine subventionierten Produkte exportiert werden, um Unternehmen auf Kosten dieser
21 Länder zusätzliche Absatzmärkte unter unfairen Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.
22 Entwicklungszusammenarbeit kann zudem nicht bedeuten, dass Rohstoffe günstig in diesen
23 Ländern eingekauft werden, damit hier die tatsächliche Wertschöpfung und der
24 ökonomische Erfolg stattfinden kann.

25

26



1 **Antrag C7: Solidarisch ist: Echte Verteilungsgerechtigkeit**

2

3 Solidarität kann nicht ausschließlich auf lokaler Ebene bestehen. Sie benötigt nicht nur einen
4 ideologischen, sondern auch einen finanziellen Überbau, denn eine solidarische Gesellschaft
5 „gibt es nicht für lau“. Also woher nehmen? Solidarisch ist, wenn starke Schultern mehr
6 tragen, als Schwächere. Hier geht es um den Beitrag zum Allgemeinwohl. Die Bewertung der
7 Arbeitsleistung durch den Markt ist nicht mit dem gesellschaftlichen Wert bzw. der
8 Wertschätzung durch die Gesellschaft vergleichbar.

9 Es geht also um klassische Verteilungsfragen: Solidarische Politik arbeitet an einer
10 grundlegenden Reform unseres Steuersystems, das Steuersätze neu unterteilt und den
11 Spitzensteuersatz anhebt. Auch die Digitalisierung erfordert die Überprüfung der
12 Finanzierung des Staatshaushaltes. Zukünftig werden wir über ein Äquivalent zur
13 Einkommensteuer für Maschinen und Algorithmen diskutieren müssen. Aber bereits heute
14 stellt sich die Frage nach der Besteuerung leistungsloser Einkommen sowie nach der
15 Vermögens- und Erbschaftssteuer oder bei Schenkungen.

16 Die Erbschaftssteuer muss dahingehend reformiert werden, dass sie für deutlich mehr große
17 Unternehmen als bisher greift. Das sozialdemokratische Versprechen vom Aufstieg durch
18 Leistung verliert an Glaubwürdigkeit, wenn enorme Vermögen im Rahmen großer
19 (Unternehmens-)Erbschaften übertragen werden – meist unter dem Deckmantel der
20 angeblichen Arbeitsplatzsicherung.

21 Auf europäischer und globaler Ebene müssen wir endlich konsequent für eine Politik
22 eintreten, die Steuerflucht entschieden bekämpft. Dieses Verhalten ist – egal ob von
23 Privatpersonen oder großen Unternehmen – nicht vereinbar mit einer solidarischen
24 Weltgemeinschaft. Auch einseitig profitable Wirtschaftsabkommen insbesondere mit
25 wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern lehnen wir ab. Dieses Handeln dient
26 ausschließlich dem Profitstreben einzelner und hat einen zu hohen Preis: verheerende
27 Arbeitsbedingungen für die Menschen vor Ort, Umweltschäden, Vertreibung oder
28 Zerstörung lokaler und regionaler Wirtschaftssysteme.

29

30



1 Abschnitt D: Miteinander nachhaltig ökonomisch handeln

2

3 **Antrag D1: Solidarität mit den tatsächlichen Wertschöpfer*innen**

4

5 Wenn es um das Thema Wirtschaft geht, dann ist für uns klar, mit wem wir uns
6 solidarisieren: den Arbeitnehmer*innen - den tatsächlichen Wertschöpfer*innen. Wir stehen
7 nicht auf der Seite der Finanzriesen und multinationalen Großkonzerne oder auf der Seite
8 der Banken, die "too big to fail" sind. Ihnen wollen wir klare Regeln für ein faires und
9 ökologisches Miteinander setzen und dem unregulierten Finanzmarktkapitalismus den
10 Kampf ansagen. Unsere natürlichen Verbündeten sind daher die Gewerkschaften und
11 Arbeitnehmer*innenvertretungen im Betrieb, denen wir in ihrem Kampf für bessere
12 Arbeitsbedingungen und höhere Löhne stets den Rücken stärken. Wir wollen weiter auf dem
13 Weg zu einer echten Wirtschaftsdemokratie gehen.

14 Dies können wir unter anderem durch eine arbeitnehmer*innenfreundliche Politik
15 erreichen. Kürzere Arbeitszeiten, mehr Mitbestimmung, bessere Vereinbarkeit von Familie
16 und Beruf, eine bessere gesundheitliche Versorgung, Gleichwertigkeit von Studium und
17 Ausbildung, keine Diskriminierung am Arbeitsplatz - all diese Aspekte können gesetzlich
18 beeinflusst werden. Dafür steht die Sozialdemokratie. Es ist beispielsweise an der Zeit, über
19 die Arbeitszeit zu debattieren. Anstatt einer von den Arbeitgeber*innen bestimmten
20 Arbeitszeitflexibilisierung fordern wir die generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem
21 Lohnausgleich. Unser Ziel muss sein, dass die ganze Gesellschaft von Fortschritt profitieren
22 kann. Denn solidarisch ist es, wenn Fortschritt sozial gestaltet wird.

23 Dazu gehört auch die Abkehr von Wachstum und Profit als einzige Indikatoren einer
24 funktionierenden Wirtschaft. Wir müssen neue Maßstäbe setzen, wie zum Beispiel
25 Armutsgrenzen und Armutswahrscheinlichkeit, die Einkommensschere oder gleichwertige
26 Lebensbedingungen unabhängig vom Wohnort.

27 Arbeits- und Erwerbslosigkeit ist ein gesellschaftliches Versagen, das bereits bei
28 unterschiedlichen Bildungschancen beginnt.

29

30



1 **Antrag D2: *International solidarisch wirtschaften***

2

3 Solidarität endet hierbei nicht an nationalen Grenzen, sondern ist und muss international
4 sein. In Düsseldorf, NRW, Deutschland, der EU und der Welt setzen wir uns für bessere
5 Arbeitsplätze ein. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass in der internationalen
6 Wirtschaft nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gelten muss. Dabei
7 müssen Deutsche und Europäer*innen auch vor ihrer eigenen Haustüre kehren. Die
8 unsolidarische Art, zu wirtschaften sowie zu konsumieren, muss beendet werden. Das gilt für
9 Deutschland, das sich endlich von der für die EU ungesunden Exportweltmeisterschaft
10 verabschieden muss. Und es gilt für die EU, deren Wirtschaftsabkommen mit
11 Entwicklungsländern keine Verhandlungen auf Augenhöhe vorausgehen. Hierfür muss auch
12 viel deutlicher verstanden werden, dass nationale und auswärtige Wirtschaftspolitik
13 zusammenhängen. Tatsächlich gerechte Handelsbeziehungen würden ein Ende der
14 unverhältnismäßigen Subventionierung von vor allem landwirtschaftlichen Produkten
15 bedeuten, damit den Entwicklungsländern nicht der Boden unter den Füßen weggezogen
16 wird. Die Folgen unseres Wirtschaftens und unseres Konsums als Industriestaat müssen
17 dabei kritisch hinterfragt werden, um uns solidarisch mit der internationalen Gemeinschaft
18 zu zeigen. Dazu gehört aber auch, dass in Europa ansässigen Unternehmen Grenzen gesetzt
19 werden müssen, wie sie im Ausland wirtschaften. Es darf nicht möglich sein, den Standort in
20 ein anderes Land zu verlegen, um nicht nur Löhne, sondern auch Standards am Arbeitsplatz
21 zu drücken. Kinderarbeit und Sklaverei müssen unter allen Umständen verhindert werden –
22 weder unsere Wirtschaftsbeziehungen noch die europäischen Unternehmen dürfen dazu
23 führen, dass diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen wiederaufleben. Auf der anderen
24 Seite fordern wir Solidarität von den internationalen Unternehmen ein, die in Europa
25 wirtschaften. Diese müssen sich steuerlich vor Ort beteiligen und gute Arbeitsbedingungen
26 sowie Mitbestimmung zusichern.

27

28



1 **Antrag D3: Verantwortung für die internationale Gemeinschaft übernehmen**

2

3 Weiterhin gehört auch dazu, Wirtschaft als Teil einer globalen Friedensarbeit zu verstehen
4 und Exporte von Kriegsgütern oder nichthinterfragten Handel mit Autokrat*innen und
5 Diktator*innen nicht zuzulassen. Dabei muss das Wohl der Menschen vor Ort an erster Stelle
6 stehen. Gleiches gilt die Entwicklungszusammenarbeit: Diese kann nur auf Augenhöhe
7 funktionieren. Neokoloniales Diktieren muss ein Ende haben.

8 Solidarität bedeutet auch eine Entwicklungszusammenarbeit, die ihren Fokus nicht
9 vornehmlich auf Migrationskontrolle und Krisenhilfe legt, sondern auf die Entwicklung
10 langfristiger Perspektiven der Menschen vor Ort. Dazu gehört auch die Friedenssicherung.
11 Solidarisches Handeln bedeutet auf internationaler Ebene, sich nicht auf Kosten von
12 Entwicklungsländern zu bereichern. Wir müssen Verteilungsfragen nicht nur national,
13 sondern global betrachten und angehen. Wir brauchen ein globales Wirtschaftsgefüge, das
14 auch die Interessen der Schwächsten im Blick hat. Dieses System soll soziale Ungleichheit
15 vermeiden oder durch notwendige, faire Umverteilung ausgleichen. Solidarität bedeutet
16 auch, diese Umverteilung nicht als Almosen zu verstehen. Sie ist eine Investition in die
17 gemeinsame Zukunft.

18 Eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet auch das Teilen von Wissen und
19 die Ermöglichung von Bildung: Nur so können Länder in die Lage versetzt werden,
20 beispielsweise unsere klimapolitischen Fehler der Industrialisierung möglichst zu vermeiden.

21

22



1 **Antrag D4: *Solidarisch feministisch in der Wirtschaft***

2

3 Solidarität in der Arbeitswelt ist auch immer eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Wir
4 setzen uns für gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit (national und international) und für
5 gleiche Aufstiegschancen von Männern* und Frauen* ein. Dazu gehört auch, dass
6 Produktion und Reproduktion nicht getrennt betrachtet werden können, sondern in
7 Zusammenhang gebracht werden müssen. Häufig ist es noch so, dass Care-Arbeit eher von
8 Frauen* übernommen wird, die dann durch Teilzeitarbeit oder Zeiten des scheinbaren Nicht-
9 Arbeitens Nachteile bei Steuern und Renten haben. Dadurch verfestigt sich ein System der
10 Ungleichheit. Care-Arbeit muss daher weitergedacht werden und in ein neues solidarisches
11 Wirtschaftssystem eingebettet werden, da diese Arbeit genauso viel Wert wie die bisherige
12 Lohnarbeit und von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist.

13

14



1 **Antrag D5: Herausforderungen der Zukunft gemeinsam angehen**

2

3 Wenn wir künftig miteinander nachhaltig ökonomisch handeln wollen, müssen wir uns als
4 solidarische Gesellschaft den Herausforderungen der Zukunft stellen:

5

6

7 *1) Klimawandel*

8

9 Solidarität bedeutet, klare Maßnahmen auszuarbeiten und (natürlich auch mit
10 Nachbesserungen) zielbewusst umzusetzen. Bereits vereinbarte Regelungen sind
11 einzuhalten. Die Menschen und die Umwelt in der Schwebe hängen zu lassen, entspricht
12 nicht unserem Verständnis von Solidarität.

13 Es ist höchst unsolidarisch, den Klimawandel und seine Folgen allein den nachfolgenden
14 Generationen aufzubürden. Ja, ökologisch zu leben bedeutet Einschnitte, diese müssen
15 sozial abgefedert werden. Auch darf es nicht sein, dass Klimafreundlichkeit nur von denen
16 gelebt werden kann, die ein hohes Einkommen haben, während wir vor
17 Einkommenschwächeren den moralischen Zeigefinger erheben. Das frustriert und schafft
18 kaum echte Akzeptanz für Klimafragen. Dabei muss klar sein, dass diese Einschnitte nicht nur
19 von Privatpersonen gemacht werden müssen, sondern auch von Unternehmen. Nur auf
20 diese Weise schaffen wir Glaubwürdigkeit für diese Politik. Dabei müssen kleine und mittlere
21 Unternehmen unterstützt und ihre Anstrengungen stärker gewürdigt und subventioniert
22 werden.

23 Des Weiteren muss deutlich mehr Geld in die Forschung und damit in die Zukunft unseres
24 Planeten investiert werden. Die Gewinne aus staatlich geförderter Forschung sollten dabei
25 selbstverständlich in großen Teilen auch in staatliche Kassen zurückgeführt werden. Andere
26 Staaten tragen Schäden durch unseren zu großen ökologischen Fußabdruck davon.
27 Solidarität sollte daher nicht nur bedeuten, dass wir Menschen aufnehmen, wenn wir ihren
28 Lebensraum zerstören, sondern auch, dass wir sie finanziell dabei unterstützen, ihr Zuhause
29 dem Klimawandel lebenswert anzupassen.

30

31 *2) Strukturwandel*

32

33 Was den Strukturwandel angeht, ist zu betonen, dass wir an der Seite derer stehen, die
34 durch den Wandel ihren Job verlieren und danach wenig Perspektive sehen. Es gilt, diese
35 Menschen aufzufangen und ihnen neue Erwerbsperspektiven zu ermöglichen, die
36 zukunftsfähig sind und zu den Begebenheiten der Region passen. Für die Partei der Arbeit
37 und als Volkspartei steht es für uns im Vordergrund alle Perspektiven einzunehmen. Wir
38 erheben den Anspruch, dass Wirtschaften stets sozial und ökologisch sein muss und diese
39 Faktoren nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Chancen aufzuzeigen, wo Angst
40 vor dem Wandel herrscht, bedeutet Solidarität mit den Menschen vor Ort und mit der
41 Umwelt.

42

43 *3) Digitalisierung*

44

45 Hinsichtlich der Digitalisierung gilt das Gleiche wie bei dem Strukturwandel. Hier kommt
46 aber hinzu, dass Arbeit nicht nur einfach vor Ort wegfällt, sondern menschliche Arbeit durch



1 Maschinen generell ersetzt wird. Daher sollten Wege gefunden werden, wie dies sinnvoll
2 und solidarisch gesteuert und gestaltet werden kann, z.B. durch andere Arten der
3 Besteuerung. Die Digitalisierung muss mit den Arbeitnehmer*innen gemeinsam gestaltet
4 werden und darf nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Auf keinen Fall dürfen
5 wir die Gestaltung der Digitalisierung allein den Unternehmen und Konzernen überlassen,
6 wenn wir verhindern wollen, dass Letztere die positiven Effekte in Form von Gewinnen nur
7 für sich abschöpfen. Dabei muss Digitalisierung auch als Chance betrachtet und nicht mit
8 Angst begegnet werden. Daher müssen Wege geschaffen werden, dass sich Menschen in
9 jedem Alter in der digitalisierten Welt zurechtfinden. Hierauf muss in Schule, Studium,
10 Ausbildung und Weiterbildung deutlich mehr Wert gelegt werden. Gleichzeitig darf die
11 analoge Welt ihren Platz nicht verlieren, damit unter anderem Einsamkeit verhindert wird.
12 Hier muss das Ziel sein, dass die beiden Welten optimal verbunden werden können, damit
13 die Digitalisierung die Lebensqualität der Menschen verbessert. Dem Verlust der Arbeitszeit,
14 der durch die Digitalisierung und Automatisierung erfolgt, muss durch eine gerechtere
15 Verteilung der verbleibenden Arbeitszeit begegnet werden.

16
17

18 Für uns ist klar, dass es eine Wirtschaft, die diesen Herausforderungen solidarisch begegnen
19 kann, nicht in einem neoliberalen Kapitalismus geben wird. Daher verstehen wir dies als
20 Schritte auf dem Weg zu einem sozialistischen Wirtschaftssystem, das den Menschen und
21 seine Umwelt in den Mittelpunkt stellt: feministisch, nachhaltig und international
22 solidarisch.

23

1 Antrag 2:

2 Antragsteller: AfA, SPD 60plus, AG Gesundheit

3 Adressat: SPD Ratsfraktion

4 Kommunale Altenpflege

5
6 Im Jahr 1996 hat der Rat der Stadt beschlossen die kommunale Pflege als öffentlicher Träger
7 aufzugeben und dem »Markt« sprich privaten Investoren/Trägern zu überlassen. Seit diesem
8 Jahr ist die stationäre und teilstationäre Pflege nicht mehr im Focus der SPD-Ratsfraktion.

9 Wir halten das für einen Fehler und fordern die Fraktion auf, das zu korrigieren. Vor diesem
10 Hintergrund fordert der Unterbezirksparteitag die Ratsfraktion der SPD im Rat der Stadt auf,
11 entsprechend der Verantwortung der und für die Landeshauptstadt, Beschlüsse für den Rat
12 zu entwickeln und einzubringen für

- 13
- 14 - den Bau von neuen Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot (stationäre
- 15 Altenpflegeeinrichtungen) mit integrierter Kurzzeit- und Tagespflege und
- 16 - den Betrieb dieser Einrichtungen in städtischer Regie.

17 Die neuen Einrichtungen und deren Betrieb sollen nicht privaten Investoren überlassen
18 werden. Wir sind der Auffassung, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge in die öffentliche
19 Hand gehören. Parallel stellt die Kommune ausreichend Flächen für den Bau der
20 erforderlichen Einrichtungen der Langzeit-, Kurzzeit- und Tagespflege zur Verfügung. Sie
21 behandelt Pflegeeinrichtungen mit derselben Dringlichkeit wie den Wohnungsbau.

- 22
- 23 - Mit der Beschlussfassung für den Bau und Betrieb städtischer Pflegeeinrichtungen
- 24 schafft die Stadt Düsseldorf parallel die Voraussetzungen für die personelle
- 25 Grundlage dieses Betriebs. Vorzugsweise in Kooperation mit der »Bildungsakademie
- 26 für Gesundheits- und Sozialberufe des Kreises Mettmann« nimmt die Stadt
- 27 Düsseldorf den Ausbildungsbetrieb zur Ausbildung von Pflegefachkräften auf.

29 Begründung:

30 2010 prognostizierte das Statistische Bundesamt 2,9 Mio. Pflegebedürftige für das Jahr 2020.
31 Schon im Jahr 2015 erfasst die Pflegestatistik 2,9 Mio. Pflegebedürftige insgesamt, von
32 denen 73 Prozent (2,08 Mio.) zu Hause und 27 Prozent (783.000) in »Heimen« vollstationär
33 versorgt werden. Durch Angehörige werden rd. 1,38 Mio. der zu Hause gepflegten versorgt,
34 692.000 greifen auf die Unterstützung durch ambulante Pflegedienste zurück.

35
36 Mit dem Pflegeversicherungsgesetz (1.4.1995 für die ambulante und 1.7.1996 für die
37 stationäre Pflege) wurde festgesetzt: „Freigemeinnützige und private Träger haben Vorrang
38 gegenüber öffentlichen Trägern“ (SGB XI § 11 (2)). Dieser Vorrang floss ein in das
39 Landespflegegesetz von 1996, das ihn in § 2 übernahm. Damit wurden die Grundlagen für
40 eine enorme Privatisierungswelle im Bereich der Altenhilfe beschlossen. Entsprechend der
41 Prinzipien des Wettbewerbs verblieb als die einzige Stellschraube für die Realisierung von
42 Wettbewerbsvorteilen die Senkung der Lohnkosten, die Tariffucht und die Deregulierung



1 und Flexibilisierung im Bereich der Arbeitszeit, insbesondere über erzwungene Teilzeit und
2 über Befristungen. 1996 erklärte der Staatssekretär von Minister Blüm, Jung: „Wer BAT
3 bezahlt ist selber schuld“. (BAT: seinerzeit Tarifvertrag im öffentlichen Dienst,
4 Bundesangestellten-Tarifvertrag)

5
6 Nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages von 1992 und zur Umsetzung der Vorgaben
7 dieses Vertrages und seiner »Referenzwerte« (der staatliche Schuldenstand darf 60 % des
8 BIP nicht übersteigen, das jährliche Haushaltsdefizit darf 3 % des BIP nicht übersteigen)
9 setzten die »Sparhaushalte« ein. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde
10 als das Mittel schlechthin verankert – unabhängig von der politischen Couleur der
11 Parlamente, Kreistage oder Stadträte. Dieser Kurs setzt sich bis heute im Rahmen der
12 Schuldenbremse und der »Schwarzen Null« weiter verschärft fort.

13
14 Von dieser politischen Entwicklung wurde die Politik im Rat der Landeshauptstadt
15 mitgerissen und bestimmt. So wurde im Amtsblatt 28/29 vom 28. Juli 1996 feierlich bekannt
16 gemacht, dass das »Seniorenzentrum Flehe« umgebaut und modernisiert wird. Doch schon
17 am 23. November 1996, im Amtsblatt 47, heißt es »Aus für das Seniorenzentrum Flehe«,
18 nachdem der »rot-grüne« Rat die Schließung für Ende 1998 beschlossen hatte. Während die
19 freigemeinnützigen Betreiber von stationären Pflegeeinrichtungen im Laufe der Jahre an
20 Boden verloren haben, erlitten sie im ambulanten Bereich herbe Einbrüche zugunsten der
21 privaten Anbieter. Kommunale Einrichtungen stellen 2015 nur noch 5 Prozent der
22 Einrichtungen und nur noch ein Prozent der Dienste im ambulanten Bereich. In einer
23 Befragung am 3. und 4. Juli 2018 durch Infratest Dimap (ARD Deutschland Trend) erklären 79
24 Prozent der Befragten, dass das Thema Pflege (vor Bildung, bezahlbarer Wohnraum und
25 Renten), dass dem Thema Pflege nicht der politische Platz eingeräumt wird, den es haben
26 sollte.

27
28 Im stationären Bereich der »Heime« gibt es in Düsseldorf nach Versorgungsverträgen (Stand
29 bis zum 31. Juli 2018) 5.121 Plätze. Faktisch sind es deutlich weniger und nach dem 1. August
30 werden nochmals Plätze abgebaut. Plänen für den Neubau von 1.100 Plätzen stehen
31 Verluste von fast 800 Plätzen gegenüber. Absehbar ist also ein Aufbau von Plätzen bis 2021
32 auf rd. 5.450 Plätze. Berechnungen der Landeshauptstadt aus dem Jahr 2013 - ausgehend
33 von einer viel zu geringen Einwohnerzahl – haben bis 2020 einen Bedarf von 5.900 und bis
34 2025 von 6.330 Plätzen ausgewiesen. Bedarfe für die Bereiche Kurzzeitpflege und
35 Tagespflege sowie für ambulant betreute Wohngruppen werden derzeit errechnet.

36
37 Das Pflegeplatzdefizit in der Landeshauptstadt führt einerseits zu einer zunehmenden
38 Belegung von Plätzen in Krefeld, Duisburg, im Rhein Kreis Neuss und insbesondere im Kreis
39 Mettmann. Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass die Platzknappheit für volle
40 Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sorgt. Warum sollen die »Marktteilnehmer« also
41 handeln? Die Situation in Düsseldorf ist ein Musterbeispiel dafür, dass »der Markt« es nicht
42 regelt. Der Wettbewerb hat dazu geführt, dass der Pflegenotstand in Düsseldorf eine
43 besondere Ausprägung erhält. Die Kommune ist konsequenter Weise gefordert, die
44 Daseinsvorsorge zu gewährleisten und somit Pflegeplätze zu schaffen und zu betreiben.

45
46 Bevollmächtigter zum Antrag: H.-W. Schuster



1 **Antrag 3:**

2 Antragsteller: AsF

3 Adressat: SPD Ratsfraktion

4 **Kunst / Künstler*innen**

5

6 Der Unterbezirksparteitag der SPD Düsseldorf fordert die Ratsfraktion auf Folgendes
7 umzusetzen:

- 8 - Städtische Kunst-Gremien und Jurys, zum Beispiel die Kunstkommission
9 werden mit mindestens 40 % Frauen besetzt.
- 10
- 11 - Die Kunstkommission Düsseldorf vergibt 50 % Aufträge, d.h. auch 50 % des Geldes
12 "Kunst am Bau" an Frauen.
- 13
- 14 - Städtische Wettbewerbe und Ausschreibungen sollen für Frauen ohne
15 Altersbeschränkungen ausgeschrieben werden.
- 16
- 17 - 50 % der städtischen oder städtische unterstützten Ateliers werden an
18 Künstlerinnen*, bevorzugt an Künstlerinnen* mit Kindern vergeben werden.
- 19
- 20 - Es werden von dem Nutzer*innen städtische Ateliers regelmäßig
21 Einkommensnachweise verlangt, damit sichergestellt ist, dass die städtischen und
22 städtisch unterstützten Ateliers nur von Künstler*innen genutzt und gemietet
23 werden, die dies selbst nicht erwirtschaften können.
- 24

25

26



1 **Antrag 4:**

2 Antragsteller: SPD-Stadtbezirk 06

3 Adressat: SPD Ratsfraktion

4 **Solidarität mit den Stadtbezirken**

5

6 Vorbemerkungen: Nach der Gründung 1976 spielte und probte das Düsseldorfer Kinder- und
7 Jugendtheater an wechselnden Orten. 1980 zog es in die alte Betriebskantine der Firma
8 Schwietzke auf der Münsterstraße. 1993 fand das Junge Schauspielhaus seinen festen Platz
9 in der Münsterstraße 446 in Mörsenbroich. In den nächsten Jahren öffnete sich das Theater
10 an der Münsterstraße immer mehr dem Stadtbezirk. Seit September 2016 findet das Café
11 Eden (Es ist ein Gemeinschaftsprojekt von Düsseldorfer Schauspielhaus D’Haus, zakk –
12 Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation, und Eine Welt Forum) jeden Montag statt.

13

14 Die SPD Ratsfraktion wird aufgefordert:

- 15 1. Die verbindliche Sicherung der Standortes Münsterstraße 446 als städtische
16 Kultureinrichtung mit einem kulturellen Angebot für Kinder- und Jugendliche und den
17 Stadtbezirk festzuschreiben
- 18 2. Keine weiteren Zentralisierungen der Kultureinrichtungen in der Innenstadt
19 zuzulassen.

20 **Begründung:**

21 *Auszug aus unserem Kommunalwahlprogramm 2014:*

22 ***Jetzt sind die Stadtteile dran***

23

24 *Düsseldorf hat viele Herzen eine besondere Bedeutung, weil sie den Menschen Heimat und*
25 *Identität bieten. In wachsenden Städten wie Düsseldorf haben die Stadtteile eine besondere*
26 *Bedeutung, weil sie den Menschen Heimat und Identität bieten. In den letzten 14 Jahren sind*
27 *gewaltige Summen in die Entwicklung der Innenstadt geflossen. Die Stadtteile hatten dabei*
28 *das Nachsehen. Ziel unserer zukünftigen Stadtentwicklungspolitik ist es, jetzt die Stadtteile zu*
29 *stärken. Darum werden wir die Investitionen der Stadt Düsseldorf in den kommenden Jahren*
30 *auf die Stadtbezirke konzentrieren. Dabei werden wir die stadtteilprägenden Besonderheiten*
31 *bewahren und die soziale Vielfalt erhalten.*

32

33 Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

34



- 1 **Antrag 5:**
- 2 Antragsteller: UB-Ausschuss
- 3 Adressat: UB-Vorstand

4 **Beitritt DSSQ**

- 5
- 6 Die SPD Düsseldorf tritt dem Bündnis „Düsseldorf stellt sich queer“ bei.
- 7
- 8 Begründung erfolgt mündlich